
Testatsexemplar

VÖB-ZVD Processing GmbH
Bonn

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017
und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

**BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN
ABSCHLUSSPRÜFERS**

Inhaltsverzeichnis	Seite
Lagebericht 2017 der VÖB-ZVD Processing GmbH	1
Jahresabschluss.....	1
1. Bilanz zum 31. Dezember 2017.....	2
2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017	5
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2017	1
Anlagenpiegel für die Zeit vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017.....	1
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS	1

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

1. Grundlagen und Geschäftsmodell

1.1 Grundlagen

Die VÖB-ZVD Processing GmbH, Bonn, (nachfolgend VÖB-ZVD Processing genannt) ist ein Tochterunternehmen der Deutsche Postbank AG, Bonn. Die VÖB-ZVD Processing ist an den Standorten Bonn (Sitz der Gesellschaft) sowie Leipzig und Frankfurt (bis September 2017) tätig. Mit notariell beurkundeten Gesellschafterbeschluss vom 18. Dezember 2017 wurde der Sitz der Gesellschaft von Frankfurt am Main nach Bonn verlegt. Die Eintragung in das Handelsregister B in Bonn erfolgte am 3. Januar 2018. Die Gesellschaft ist in den Konsolidierungskreis der Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, einbezogen. Ferner ist die VÖB-ZVD Processing ein konsolidiertes Unternehmen im Teilkonzern der Postbank-Gruppe.

Die VÖB-ZVD Processing ist neben ihrer Eigenschaft als Tochtergesellschaft der Postbank-Gruppe, auch eine Einrichtung des Bundesverbandes öffentlicher Banken Deutschlands e.V., VÖB, Berlin. In ihrer Funktion als eine der vier kreditwirtschaftlichen Kopfstellen, die im Auftrag der in der Deutsche Kreditwirtschaft (DK) vertretenen Verbände so genannte „hoheitliche Aufgaben“ im kartengestützten Zahlungsverkehr übernehmen, betreibt die Gesellschaft im Auftrag des VÖB folgende Geschäftsfelder:

- Kartenproduktion
 - Debit-Karten (electronic cash-Karten und Kundenkarten)
 - Händlerkarten (GeldKarte-System)
 - Service-Dienstleistungen im Bereich der Kartenproduktion (z. B. PIN-Brief-Erstellung)
- Key-Management
 - Generierung von kryptographischen Schlüsseln gemäß den Anforderungen der deutschen Kreditwirtschaft (z. B. PAC/MAC-, PIN- und Chipschlüssel)

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

- Routing/Autorisierung von nationalen und internationalen Geldautomaten- (Debit- und Kreditkarten), electronic cash-Transaktionen, GeldKarte Lade- und Online- sowie Batch-Sperr-Transaktionen
- Kreditwirtschaftliche Evidenzzentrale für die Verarbeitung der GeldKarte-Umsätze
- Online Personalisierung von Terminals (OPT)
- Funktionstests für GeldKarte- und electronic cash-Systeme im Auftrag der vier kreditwirtschaftlichen Spitzenverbände.

Die VÖB-ZVD Processing ist fast ausschließlich auf dem heimischen Absatzmarkt für Zahlungsverkehrsdienstleistungen in Deutschland tätig.

Im Geschäftsjahr unterlag die VÖB-ZVD Processing den Rechtsnormen des ZAG und wurde entsprechend aufsichtsrechtlich durch die BaFin und die Bundesbank überwacht.

Ferner ist die VÖB-ZVD Processing einer von rund 20 in Deutschland zugelassenen electronic cash-Netzbetreibern und fungiert als ZAG-Dienstleister im Bereich des Geldautomatenbetriebes für Drittstandortbetreiber.

1.2 Geschäftsmodell

Zu den Tätigkeitsschwerpunkten der VÖB-ZVD Processing gehören das Bereitstellen von Infrastruktur- und Zahlungsverkehrsdienstleistungen über Daten- und Internetnetze im stationären und mobilen Point of Sale-Geschäft, im E-Commerce-Geschäft sowie in artverwandten Geschäften. Dazu zählt auch der Vertrieb der zugehörigen Waren und Dienstleistungen gegenüber Providern, insbesondere gegenüber kaufmännischen Netzbetreibern sowie das Transaktionsgeschäft, der Erwerb und die Verwertung von Lizenzen und anderen Rechten im Bereich des Zahlungsverkehrs und die Durchführung von Gemeinschaftsaufgaben der Deutschen Kreditwirtschaft im Rahmen des Zahlungsverkehrs und der Kartensysteme.

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

Die VÖB-ZVD Processing verfügt gemäß Erlaubnisbescheid der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mit Schreiben vom 28. April 2011 sowie vom 4. Juli 2012 über folgende Erlaubnisse gemäß Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (ZAG):

- Ein- oder Auszahlungsgeschäft (§ 1 Abs. 2 Nr. 1 ZAG)
- Lastschriftgeschäft ohne Kreditgewährung (§ 1 Abs. 2 Nr. 2 a ZAG)
- Überweisungsgeschäft ohne Kreditgewährung (§ 1 Abs. 2 Nr. 2b ZAG)
- Zahlungsauthentifizierungsgeschäft (§ 1 Abs. 2 Nr. 4 ZAG)
- Finanztransfergeschäft (§ 1 Abs. 2 Nr. 6 ZAG)

Die von der VÖB-ZVD Processing erbrachten Dienstleistungen werden in großen Teilen für konzerninterne Kunden angeboten. Ferner werden vorhandene Dienstleistungen oder IT-Strukturen auch im Drittkundensegment angeboten. Durch den Verkauf des Frankfurter Netzbetriebs werden sich die geschäftlichen Aktivitäten in Bezug auf den Vertrieb von Waren und Dienstleistungen an Provider und kaufmännische Netzbetreiber deutlich reduzieren.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2017

Ogleich die VÖB-ZVD Processing aufgrund der von ihr betriebenen Geschäftsfelder verhältnismäßig geringe Abhängigkeiten zu konjunkturellen Zyklen oder Schwankungen aufweist, könnten signifikante makroökonomische Änderungen die Ertragssituation der VÖB-ZVD Processing beeinflussen. Der Fokus liegt hierbei jedoch auf den nationalen Marktbegebenheiten. Insbesondere Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage im Privatsektor sind hierbei relevant. Ferner bestehen Abhängigkeiten zu volkswirtschaftlichen Entwicklungen im Finanzdienstleistungssektor, insbesondere im Bereich des Retailgeschäftes.

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat 2017 deutlich an Kraft und Breite gewonnen. Nachhaltige Impulse kamen dabei von der Binnennachfrage. Der private Verbrauch legte wie im Vorjahr um 2,0 % zu, obwohl die Inflationsrate deutlich von 0,5 % auf 1,8 % anzog. Er profitierte auch weiterhin von einem historisch niedrigen Zinsniveau und von einem beschleunigten Anstieg der verfügbaren Einkommen. Dieser ermöglichte es den privaten Haushalten auch, trotz Mehrkonsums und Preissteigerungen, ihre Sparquote weitgehend konstant zu halten.

Insgesamt ist das BIP 2017 um 2,2 % gewachsen und damit spürbar stärker als im Vorjahr. Vor dem Hintergrund des soliden Aufschwungs entwickelte sich der deutsche Arbeitsmarkt positiv. Die Zahl der Arbeitslosen fiel im Jahresdurchschnitt um 158.000 auf 2,53 Millionen, was zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote von 6,1 % auf 5,7 % führte. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 659.000 auf 44,29 Millionen.

Die Zahl der Insolvenzen in Deutschland sank zwischen Januar und Oktober des Jahres 2017 im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreswert deutlich um 5,9 %. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gab dabei kräftig um 7,2 % nach. Der hier bereits in den Vorjahren zu registrierende positive Trend setzte sich damit fort. Der konjunkturelle Aufschwung sowie das sehr niedrige Zinsniveau dürften hierzu beigetragen haben. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen (einschließlich der Insolvenzen ehemals Selbstständiger sowie sonstiger Insolvenzen) fiel um weitere 5,6 %, nachdem es bereits in den Vorjahren zu spürbaren Rückgängen gekommen war. Die weitere Zunahme der Erwerbstätigkeit dürfte sich hier erneut positiv ausgewirkt haben.

Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) wurde in 2017 weiter fortgeführt. Der Hauptrefinanzierungssatz verharrte bei 0,00 %, der Einlagensatz bei -0,40 % und der Spitzenrefinanzierungssatz bei 0,25 %. Infolge der konstanten Zinspolitik bewegten sich die Geldmarktzinsen durchgehend auf einem niedrigen Niveau. Der 3-Monats-Euribor lag Ende 2017 mit -0,33 % um 0,01 Prozentpunkte unter seinem Vorjahresschlussstand. Hinsichtlich der Geldpolitik der EZB gab es 2017 jedoch einen wichtigen, wenn auch sehr vorsichtigen Trendwechsel. Nach-

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

dem die Notenbank zur Bekämpfung von Krisen und der aus ihrer Sicht vorhandenen Deflationsrisiken das geldpolitische Umfeld in den vorangegangenen Jahren drastisch gelockert hatte, wurde nun der Ausstieg aus dem Anleiheankaufprogramm eingeleitet. Im April senkten die Währungshüter das monatliche Ankaufvolumen für Anleihen von 80 Mrd € auf 60 Mrd €. Damit wurde der entsprechende Beschluss vom Dezember 2016 umgesetzt. Im Oktober 2017 erfolgte dann die Entscheidung, die Ankäufe ab Januar 2018 weiter zu senken, und zwar auf monatlich 30 Mrd €. Wie schon bei der vorangegangenen Volumenänderung entschieden die Währungshüter erneut, die Ankäufe noch einmal um neun Monate zu verlängern.

Trotz der sich ausweitenden Leitzinsdifferenz zugunsten der USA konnte der Euro im Verlauf des Jahres 2017 gegenüber dem US-Dollar spürbar zulegen. Er profitierte vor allem von dem sich deutlich beschleunigenden Konjunkturaufschwung im Euroraum. Dieser wiederum stärkte die Erwartung, dass auch die EZB ihre Leitzinsen in absehbarer Zeit anheben dürfte. Zum Jahresende wurde der Euro mit gut 1,20 US-\$ gehandelt. Damit wurde er gegenüber dem Vorjahr um 14,0 % aufgewertet.

2.2 Branchen- und Marktentwicklung / wirtschaftliches Umfeld

Nach dem Verkauf des Frankfurter Netzbetriebs und dem damit verbundenen Wegfall eines größeren Teils des Drittkundengeschäfts der VÖB-ZVD Processing, bestehen ökonomisch wieder größere Abhängigkeiten zu den Branchen- und Marktentwicklungen im Bankensektor. Insbesondere als Dienstleister für die Konzernunternehmen der Deutsche Bank Gruppe ist die VÖB-ZVD Processing in höherem Maße von marktwirtschaftlichen bzw. produktspezifischen Veränderungen im Retailgeschäft betroffen.

Die weiterhin andauernde Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), regulatorische Erfordernisse sowie die Lösung des Problems notleidender Kredite bei italienischen Banken und einem spanischen Institut waren die dominierenden Themen 2017 für den europäischen Bankensektor. Nach wie vor stellt das Umfeld

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

niedriger Zinsen eine besondere Herausforderung im Retail Banking dar, insbesondere bei der Anlage von Kundengeldern. Das Volumen der an inländische Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland ausgereichten Kredite wurde in den ersten drei Quartalen des Jahres 2017 um 3,1 % auf 2.587 Mrd. € ausgeweitet. Damit hat sich das Kreditwachstum gegenüber dem Vorjahr beschleunigt. Dabei erhöhte sich das Volumen der Kredite an Unternehmen um 3,8 % auf 982 Mrd. €, womit der Zuwachs stärker ausfiel als im Vorjahr. Die Ausleihungen an wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen kletterten um 2,3 % auf 410 Mrd. € und damit ebenfalls lebhafter als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 2016. Die Kredite an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen erhöhten sich in den ersten drei Quartalen 2017 um 2,8 % auf 1.182 Mrd. €. Der Zuwachs war damit nur geringfügig stärker als 2016. Im Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten für Privatkunden war jedoch im Jahr 2017 ein Rückgang um 2,2 % zu verzeichnen. In der insgesamt spürbaren Belebung des Kreditgeschäfts spiegelt sich vor allem die Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs wider. Der leichte Rückgang im Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten ist als Stabilisierung auf hohem Niveau zu klassifizieren.

Das anhaltend niedrige Zinsumfeld und die damit einhergehenden Herausforderungen der Bankenlandschaft, insbesondere von einlagenstarken Instituten, adäquate Unternehmensergebnisse erwirtschaften zu können, führt zur Neuorganisation in deren Produkt- und Gebührenmodellen. So werden in höherem Maße Produkte, wie z. B. Kontenmodelle optimiert, jedoch auch neuerdings Kosten für zum Teil ehemals unentgeltliche Dienstleistungen an die Verbraucher weiter gegeben. Ferner resultieren aus den oben genannten Herausforderungen hohe Anstrengungen, die Kostenbasis der Institute entsprechend zu optimieren. Dies wird u. A. auch durch verstärkte Investitionen in digitalisierte Prozesse deutlich. Auch veränderte Anforderungen der Bankkunden von einer persönlichen Beratung hin zu einer Multikanalberatung und zur Nutzung von Multikanaldienstleistungen verändern das Bankgeschäft spürbar. Oben genannte Faktoren haben Auswirkungen auf die geschäftliche Entwicklung der VÖB-ZVD Processing.

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

2.3 Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2017 konnten Provisionserträge in Höhe von T€ 33.393 (Vorjahr T€ 35.558) erzielt werden.

Die wesentlichen Geschäftsfelder der Gesellschaft haben sich aus nicht monetärer Sichtweise wie folgt entwickelt:

Technisches Issuing

Im Bereich Routing, Clearing und Autorisierung von elektronischen Zahlungsverkehrstransaktionen entwickelte sich das über die Systeme der VÖB-ZVD Processing abgewickelte Transaktionsvolumen erstmals rückläufig. Für das Geschäftsjahr 2017 wurden 641 Mio. Transaktionen abgewickelt. Dies entspricht einem Rückgang von 3 % im Vergleich zum Vorjahr (661 Mio. Transaktionen). Der Rückgang steht im Zusammenhang von prozessualen Änderungen im IT-Umfeld der Postbank sowie Auswirkungen aus der Umstellung der Kontenmodelle bei der Postbank.

Technisches Acquiring / Endgerätebetrieb

Im Geschäftsjahr 2017 konnten insgesamt 360 Mio. Transaktionen abgewickelt werden. Dies entspricht einer Reduktion um 9,4 % im Vergleich zu den 398 Mio. Transaktionen des Vorjahres. Hier lagen neben den oben bereits erwähnten Auswirkungen der prozessualen Änderungen und der Umstellung der Kontenmodelle der Postbank zusätzliche Effekte aus der weiteren Anhebung der Fremdverfügungsentgelte an Geldautomaten vor.

Im Bereich Endgerätebetrieb (konzerneigene Terminalanbindungen) reduzierte sich die Anzahl der angeschlossenen ec-cash-Terminals von 3.975 Ende 2016 auf 3.839 (-3,4 %). Das Transaktionsvolumen hat sich von 5,3 Mio. in 2016 auf 5,2 Mio. in 2017 verringert (-0,8%).

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

Geldautomatenbetrieb

Die Anzahl der betriebenen Geldautomaten und Cash Recycler für Drittstandortbetreiber beläuft sich per Dezember 2017 auf 1.299 (31.12.2016: 1.186; + 9,6 %) Geräte.

Cash Management / Cash Prognose

Per Ende Dezember 2017 wurde die Cash Prognose für insgesamt 9.026 Endgeräte betrieben. Hierin enthalten sind sowohl die Geldautomaten/Cash Recycler der Drittstandortbetreiber, wie auch die Konzerngeräte. Darüber hinaus werden seit 2017 auch die Recycler in den Postbank-Filialen über das System disponiert. Damit hat sich die Anzahl um ca. 13,8 % im Vergleich zu Ende 2016 (7.928 Geräte) erhöht.

Internet Zahlungsverkehr

Für das Geschäftsjahr hat sich im Drittgeschäft die Anzahl der angeschlossenen Händler um 23,9 % auf 8.831 (2016: 7.064) erhöht. Das Transaktionsvolumen hat sich positiv entwickelt und lag Ende 2017 bei 28 Mio. Transaktionen (2016: 25 Mio.; + 14,4 %). Im Konzerngeschäft setzte sich der Trend der Vorjahre fort. Die Anzahl der angeschlossenen Händler reduzierte sich aufgrund des rückläufigen Geschäfts in der Postbank auf 167 (2016: 198), die der Transaktionen auf 1,8 Mio. (2016: 2,1 Mio.).

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

Kartenproduktion

In der Berichtsperiode wurden insgesamt 2,1 Mio. Bankkarten produziert (2016: 2,7 Mio.). Der Rückgang resultiert aus den zyklusbedingten Schwankungen der jeweiligen auszutauschenden Kartengenerationen sowie Prozessoptimierungen. Ferner wurden 1,6 Mio. PIN-Briefe im Bereich Girocard, Sparkarte und Kreditkarte produziert (2016: 2,4 Mio.).

Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres aus Unternehmenssicht betrafen:

- Verkauf der Beteiligung an der ConCardis GmbH (siehe Punkt 3.1)
- Verkauf des Frankfurter Netzbetriebs (siehe Punkt 3.1)
- paydirekt

Die VÖB-ZVD hat Anfang 2016 von der paydirekt GmbH, Frankfurt a. M., den Auftrag erhalten, das Entgeltabrechnungssystem zwischen den Händlern/-konzentratoren und den Käuferbanken-/konzentratoren zu entwickeln und zu betreiben. Hierzu gehört auch, dass die Entgeltabrechnung treuhänderisch über ein Konto der VÖB-ZVD Processing bei einer nicht am „System paydirekt“ teilnehmenden Bank erfolgt. Diese Abrechnungen wurden 2017 erstmals im Regelbetrieb ausgeführt. Darüber hinaus ergaben sich zusätzliche Entwicklungsaufträge aus der Sparkassenorganisation.

- Cash-Prognose –Projekt Schließung Bargeldkreislauf

Der Roll-out der Cash Recycler wurde im Postbankkonzern weiter vorangetrieben. Dieser führte zu einer Steigerung der angebundenen Cash Recycler und zu einem weiteren Fortschritt im Projekt zur Schließung des Bargeldkreislaufs sowie zu einem Ausbau der dafür erstellten Cash-Prognosen.

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

3. Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

3.1 Ertragslage

Die Ertragslage der VÖB-ZVD Processing stellt sich im Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 erneut positiv dar und schloss insgesamt mit einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von T€ 33.024 (2016 T€ 11.186). Zwei Sondereffekte prägten hierbei das Geschäftsjahr 2017. Zum einen wurden die Anteile an der ConCardis GmbH, Frankfurt a.M., im Rahmen eines Share Purchase Transfer Agreement an die Eagle Eschborn GmbH, Frankfurt a.M., veräußert. Hieraus resultierte ein Veräußerungserlös in Höhe von T€ 12.874, dem der Buchwertabgang der Beteiligung von T€ 52 gegenübersteht. Ferner wurde der Frankfurter Geschäftsteil (Netzbetrieb) der VÖB-ZVD Processing, der die Geschäftsfelder der ehemaligen BCB Processing GmbH, Frankfurt a.M., umfasste, an die Six Payment Services (Europe) S.A., Luxembourg, veräußert. Aus diesem Verkauf resultierten Erlöse nach Abgang der Vermögenswerte und Schulden sowie nach Umsatzsteuer in Höhe von T€ 16.764. Denen standen wiederum Verwaltungsaufwendungen des Projektes (Personal-, Rechts- und Beratungskosten) in Höhe von T€ 2.352 gegenüber. Rechnet man diese Sondersachverhalte heraus, beträgt das bereinigte Ergebnis vor Steuern T€ 5.790. Dem bereinigten Ergebnis standen Gewinnerwartungen für das Geschäftsjahr 2017 in Höhe von T€ 6.286 gegenüber. Die Planwerte konnten somit, trotz Wegfall der Erträge des Frankfurter Geschäftsbetriebs für das gesamte vierte Quartal, fast erreicht werden. Wir verweisen auf unsere Einzelausführungen in den folgenden Absätzen.

Das Zinsergebnis beträgt -T€ 246 (Vorjahr -T€ 26) und liegt mit -T€ 233 deutlich über dem erwarteten negativen Planergebnis. Die Erhöhung des negativen Ergebnisses ist insbesondere auf gestiegene Aufzinsungsaufwendungen für die Pensionsrückstellungen (T€ 139; Vorjahr T€ 13) zurück zu führen. Weiterhin wirkt sich das niedrige Zinsniveau an den Kapitalmärkten aus. Die seit Ende 2016 von der Postbank in Rechnung gestellten Verwahrkosten (0,4%) auf Guthabenbestände der VÖB-ZVD Processing umfassten erstmalig ein komplettes Kalenderjahr. Zudem verfügt die VÖB-ZVD Processing aufgrund der oben beschriebenen Sondersach-

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

verhalte über hohe Geschäftskontenguthaben, die sich zusätzlich negativ auf die Verwahrkosten (T€ 100; Vorjahr T€ 16) auswirkten. Den aus dem Geschäftsfeld Geldautomatengeschäft zu entrichtenden Zinsaufwendungen aus dem Betriebsmittelkredit der Postbank stehen Zinseinnahmen aus der Weiterberechnung an den Drittstandortbetreiber in nahezu gleicher Höhe gegenüber.

Die Laufenden Erträge (T€ 94; Vorjahr T€ 3.342) betreffen die Ausschüttung der SRC GmbH. Die Beteiligungserträge lagen mit T€ 66 unter den Planerwartungen.

Das Provisionsergebnis hat im Geschäftsjahr T€ 25.323 (Vorjahr T€ 27.526) betragen und lag im Ergebnis mit T€ 2.032 (-7,4 %) unter den Planerwartungen. Wir verweisen auf die folgenden Ausführungen zu den Provisionserträgen. Den Provisionserträgen von T€ 33.393 (Vorjahr T€ 35.558) stehen hier Provisionsaufwendungen in Höhe von T€ 8.070 (Vorjahr T€ 8.032) gegenüber.

Der Bereich Technisches Issuing entwickelte sich leicht rückläufig. Im Geschäftsjahr konnte dieser Bereich Erträge in Höhe von T€ 8.687 (Vorjahr T€ 9.017) aufweisen. Im Technischen Acquiring (i.e.S., also ohne Endgerätebetrieb) war ebenfalls eine leichte Reduzierung der Erträge zu verzeichnen. Dieser Bereich steuerte insgesamt Provisionserträge in Höhe von T€ 5.498 (Vorjahr T€ 5.847) bei. Ursächlich für den Rückgang sind in beiden Fällen geringere Transaktionszahlen. In Summe kann festgehalten werden, dass die beiden oben beschriebenen Bereiche die Planerwartungen leicht unterschritten haben.

Die Erträge im Bereich Netzbetrieb (Frankfurt) / Endgerätebetrieb (Bonn) beliefen sich kumuliert auf insgesamt T€ 5.049 (Vorjahr T€ 6.626). Der Rückgang ist fast ausschließlich mit dem Verkauf des Frankfurter Netzbetriebs und dem damit einhergehenden Wegfall der Erträge des gesamten vierten Quartals zu begründen. Vor diesem Hintergrund konnten die letztjährigen Planerwartungen (T€ 5.946) nicht erreicht werden.

Die Erträge aus dem Betrieb von Geldautomaten / Cashprognose betragen im Geschäftsjahr T€ 2.446 (Vorjahr T€ 1.851). Der Anstieg resultiert aus der erhöhten

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

Anzahl an angeschlossenen und betreuten Endgeräten. Die Planerwartungen wurden hier übertroffen.

Die Erträge aus der Veräußerung von Handelswaren (Terminals) betragen insgesamt T€ 4.172 (Vorjahr T€ 4.017) und liegen mit T€ 1.172 deutlich über den Planerwartungen. Die Auswirkungen der Umstellung auf den „Technischen Anhang“ (TA) 7.1 und den damit verbundenen Terminalaustauschaktionen setzten sich nach den beiden Vorjahren auch im Jahr 2017 fort. Korrespondierend hierzu entwickelte sich der Provisionsaufwand aus dem Wareneinsatz entsprechend.

Die Erträge der Geschäftsfelder Kartenproduktion/Privatkunden (T€ 3.007; Vorjahr T€ 3.331) und E-Payment (T€ 1.762; Vorjahr T€ 1.674) fielen in Summe im Vergleich zum Vorjahr leicht ab, lagen jedoch nur knapp unter den aggregierten Planerwartungen.

Die Erträge der verbleibenden Geschäftsfelder haben sich in Summe rückläufig entwickelt und lagen unter Plan. Jedoch ist hier anzumerken, dass durch den Verkauf des Frankfurter Netzbetriebs die Erträge des vierten Quartals 2017 fehlen. Dies betrifft insbesondere die Provisionsertragsposten aus Operations-, Logistik- und Sonderdienstleistungen des Frankfurter Geschäftsbetriebs.

Die Provisionsaufwendungen betragen zum Bilanzstichtag T€ 8.070 (Vorjahr T€ 8.032) und lagen somit nahezu auf Vorjahresniveau. Insgesamt überstiegen die Provisionsaufwendungen den Planwert für das Geschäftsjahr um T€ 1.067, was im Wesentlichen mit dem in den ersten drei Quartalen notwendigen hohen Wareneinkauf für das Terminalgeschäft zu begründen ist. Den Aufwendungen hieraus stehen entsprechend höhere Erträge aus dem Terminalverkauf gegenüber. Die Aufwendungen für den Wareneinsatz machen mit T€ 3.535 ca. 44 % des gesamten Provisionsaufwands aus. Die Provisionsaufwendungen der übrigen Geschäftsfelder, insbesondere MATs Issuing, MATs Acquiring, Geldautomatengeschäft, Kartenproduktion und E-Payment lagen in Summe lediglich leicht über Plan.

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

Der Personalaufwand reduzierte sich im Vergleich zum Kalenderjahr 2016 nur geringfügig um T€ 5 auf T€ 9.613. Trotz des Verkaufs des Frankfurter Netzbetriebs und dem damit einhergehenden Übergang der Frankfurter Mitarbeiterschaft auf den Käufer nach dem dritten Quartal 2017, wurden die damit verbundenen Kostenreduzierungen durch die in diesem Zusammenhang vereinbarten Zahlungen weitest gehend kompensiert. Insgesamt wurde der Planwert für 2017 jedoch deutlich mit T€ 787 unterschritten, was auf die höhere Fluktuation im Berichtsjahr, verspätete bzw. in Teilen nicht erfolgte Personalnachbesetzungen sowie geringere tarifliche bzw. außertarifliche Gehaltsanpassungen zurück zu führen ist. Der Mitarbeiterbestand der Gesellschaft einschließlich der Geschäftsleitung betrug am Ende des Geschäftsjahres Dezember 2017 89 Mitarbeiter (31.12.2016 124 Mitarbeiter). Gemäß der Konzernberechnungsweise entspricht dies unter Berücksichtigung von Voll- und Teilzeitkräften insgesamt 83,61 Full-Time-Employees (FTE) (31.12.2016 114,65 FTE). Wir verweisen auf unsere Darstellung im Anhang.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen betragen T€ 10.472 (Vorjahr T€ 8.313) und liegen damit deutlich über Vorjahr. Die zu Grunde gelegten Planerwartungen (T€ 9.195) wurden ebenfalls deutlich überschritten. Ursächlich für die Überschreitungen sind fast ausschließlich die im Rahmen des Verkaufs des Frankfurter Netzbetriebs angefallenen Rechts-, Beratungs- und Projektkosten, die mit T€ 1.736 aufwandswirksam wurden. Ohne diesen Sondereffekt liegen die Verwaltungsaufwendungen mit T€ 8.736 leicht über Vorjahr, jedoch unterhalb des Planwertes. Allgemein kann ausgeführt werden, dass sich Kosteneinsparungen in kleineren Summen über eine Vielzahl von Einzelaufwandsarten ergaben. Die konzernseitig verordnete Kostendisziplin konnte erfolgreich eingehalten werden.

Das sonstige betriebliche Ergebnis des Geschäftsjahres beträgt T€ 30.151 (Vorjahr T€ 550) und resultiert fast ausschließlich aus den beiden Sondereffekten des Verkaufs des Frankfurter Netzbetriebs (T€ 16.764) sowie der Veräußerung der Beteiligung an der ConCardis GmbH (T€ 12.822).

Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen betragen T€ 2.212 (Vorjahr T€ 2.270). Wir verweisen auf unsere Ausführungen im Anhang

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

sowie im Anlagespiegel in der Anlage zum Anhang. Insgesamt lagen die Abschreibungen im Geschäftsjahr mit -T€ 151 unter dem Planwert, was im Wesentlichen darauf zurück zu führen ist, dass Anschaffungen erst später im Berichtsjahr erfolgt sind.

3.2 Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft erhöhte sich im Geschäftsjahr 2017 um T€ 27.888 auf T€ 140.176 (31.12.2016 T€ 112.288). Die wesentlichen Veränderungen stellen sich wie folgt dar:

Auf der Aktivseite stehen im Wesentlichen dem Anstieg der Barreserve um T€ 4.254, den Forderungen an Kreditinstitute um T€ 25.715 und den Forderungen an Zahlungsinstituten um T€ 1.718, die Rückgänge der Forderungen an Kunden um T€ -2.633, der Immateriellen Anlagewerte um T€ -891 sowie der Sachanlagen um T€ -228 gegenüber. Die Passivseite ist im Wesentlichen durch den Anstieg des Eigenkapitals um T€ 18.466, der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um T€ 4.964 und der Rückstellungen um T€ 6.748 geprägt, denen eine Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um T€ -2.252 gegenüber stehen.

Drei wesentliche Posten der Bilanz der VÖB-ZVD Processing sind der Aktivposten Barreserve sowie die Forderungen an Institute i. S. d. § 1 Abs. 2a ZAG, die in Summe dem Passivposten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gegenüber stehen. Diese Bilanzposten korrespondieren weitestgehend. Grund hierfür ist das von der Gesellschaft betriebene Geschäftsfeld Geldautomatengeschäft. Der über die Postbank in Anspruch genommene Betriebsmittelkredit in Höhe von T€ 70.535 (31.12.2016 T€ 64.522) dient fast ausschließlich der Bestückung der Geldausgabeautomaten mit Bargeld. Die Geldbestände werden unter der Barreserve ausgewiesen. Daneben umfassen die Forderungen an Institute die eingereichten und noch zu clearingenden Zahlungsverkehrsdateien aus Kreditkartenumsätzen an Geldautomaten. Die übrigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten resultieren fast ausschließlich aus den noch an die kartenausgebenden Institute abzuführenden elc-Entgelten aus Girocardtransaktionen gegen Jahresende 2017.

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

Die deutlich gestiegenen Forderungen an Kreditinstitute resultieren im Wesentlichen aus den höheren Geschäftskontenbeständen, die wiederum in Zusammenhang mit zwei Sondereffekten des Jahres 2017 stehen. Wir verweisen hier auf unsere Ausführungen zur Ertragslage.

Einige Bestandteile des Bilanzpostens Forderungen an Kreditinstitute sind nach § 13 ZAG treuhandkontenpflichtig. Diese Treuhandsachverhalte ergeben sich u. a. aus dem Geschäftsfeld GeldKarte, bei dem die Guthaben auf den Debitkarten der von der VÖB-ZVD Processing betreuten kartenausgebenden Institute auf Treuhandkonten verwaltet werden (T€ 10.006; 31.12.2016 T€ 9.754). Den Treuhandguthaben stehen entsprechende Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entgegen. Durch den Verkauf des Frankfurter Netzbetriebs und dem damit verbundenen Übergang der bilanziellen Sachverhalte an den Käufer Six Payment ergeben sich zum Bilanzstichtag aus diesem Geschäftsfeld keinerlei Treuhandverpflichtungen aus Zahlungsverkehrskonten („Providerkonten“) mehr (31.12.2016 T€ 1.703). Über Tages- und Termingelder verfügt die VÖB-ZVD Processing auch in 2017 aufgrund der bestehenden Niedrigzinsphase nicht mehr. Für die Guthabenbestände auf eigenen Geschäftskonten wurden in 2017 weiterhin Verwahrkosten durch die Postbank in Rechnung gestellt.

Die Forderungen an Kunden (T€ 123; 31.12.2016 T€ 2.756) resultieren fast ausschließlich aus Lieferungen und Leistungen. Der Rückgang des Postens im Vergleich zum Vorjahr ist auf den Verkauf des Frankfurter Geschäftsbetriebs (Wegfall der Forderungen aus der monatlichen Netzbetriebsabrechnung) zurück zu führen.

Die Gesellschaft hält eine Beteiligung von 22,5 % an der SRC Security Research & Consulting GmbH (SRC) mit Sitz in Bonn. Das Stammkapital der SRC beträgt € 1 Mio. Die weiteren Gesellschafter sind der Bank-Verlag GmbH, der Deutsche Genossenschafts-Verlag eG und der Deutsche Sparkassen Verlag GmbH (jeweils 22,5 %). 10 % werden von der Mitarbeiterbeteiligungs-GbR gehalten. Im Geschäftsjahr 2017 wurde ein Beteiligungsertrag in Höhe von T€ 94 (2016: T€ 127) vor Steuern vereinnahmt.

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

Die Gesellschaft hält zum Bilanzstichtag einen Anteil von 1 % an der EURO Kartensysteme GmbH (EKS) mit Sitz in Frankfurt am Main. Im Berichtsjahr wurde kein Beteiligungsertrag erzielt.

Zur Entwicklung des Anlagevermögens verweisen wir auf unsere Ausführungen im Anhang und in der Anlage zum Anhang.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände (T€ 149; 31.12.2016 T€ 238) beinhalten Ertragssteuererstattungsansprüche aus Vorjahren.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten (T€ 2.414; 31.12.2016 T€ 2.321) resultiert insbesondere aus IT-spezifischen Lizenzmodellen und Vorauszahlungen für zukünftige Wartungs- und Supportleistungen sowie vorschüssig gezahlten Gehältern.

Die sonstigen Verbindlichkeiten (T€ 1.112; 31.12.2016 T€ 296) resultieren im Wesentlichen aus Körperschaftsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag des Jahres 2016 sowie nach abzuführender Lohnsteuer.

Die Rückstellungen betragen T€ 12.258 (31.12.2016 T€ 6.361) und beinhalten Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (T€ 1.470; 31.12.2016 T€ 1.071), Steuerrückstellungen (T€ 8.759; 31.12.2016 T€ 2.782) sowie andere Rückstellungen (T€ 2.029; 31.12.2016 T€ 2.508). Die anderen Rückstellungen umfassen mit T€ 538 (31.12.2016 T€ 512) Sachverhalte mit Personalbezug sowie mit T€ 1.490 (31.12.2016 T€ 1.996) übrige Sachverhalte, von denen im Wesentlichen T€ 470 auf Rückbauverpflichtungen, T€ 671 auf ausstehende Rechnungen sowie T€ 324 auf Jahresabschlusskosten, Steuerberatung und Archivierungskosten entfallen.

3.3 Finanzlage

Das bilanzielle Eigenkapital erhöhte sich um T€ 18.466 auf T€ 41.165 (Vorjahr T€ 22.699), was einer Eigenkapitalquote von 29,4% entspricht (31.12.2016 20,2%). Das nach § 12 ZAG i.V.m. § 7 der Verordnung über die angemessene Eigenkapi-

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

talausstattung von Zahlungsinstituten und E-Geld-Instituten nach dem Zahlungsdienstenaufsichtsgesetz (ZIEV) aufsichtsrechtlich ermittelte Eigenkapital beträgt nach Berücksichtigung der relevanten Abzugsposten sowie ohne Berücksichtigung des Bilanzgewinns zum 31. Dezember 2017 T€ 10.292 (31.12.2016 T€ 9.242).

Das Eigenkapital setzt sich mit T€ 425 aus dem Stammkapital, mit T€ 10.847 aus der Kapitalrücklage, mit T€ 3.905 aus den Gewinnrücklagen sowie mit T€ 25.988 aus dem Bilanzgewinn zusammen.

Im Geschäftsjahr war jederzeit sichergestellt, dass die Gesellschaft ihren finanziellen Verpflichtungen aus eigenen Mitteln vollumfänglich nachkommen konnte. Sämtliche finanziellen Verpflichtungen wurden erfüllt. Zum Bilanzstichtag standen der VÖB-ZVD Guthaben auf eigenen Girokonten in Höhe von T€ 45.836 (31.12.2016 T€ 14.806) zur Verfügung. Zusätzlich steht der Gesellschaft für einen evtl. Spitzenbedarf eine Kreditlinie bei der Deutsche Postbank AG zur Verfügung.

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt Investitionen in Höhe von T€ 1.726 getätigt. Bei diesen handelt es sich mit T€ 411 um immaterielle Anlagewerte sowie mit T€ 1.315 um Sachanlagen, insbesondere Hardwarekomponenten. Die Anschaffungen im Bereich der immateriellen Anlagewerte betreffen im Wesentlichen Lizenzen bzw. Upgrades für die MATs- und OLTP-Systeme. Die Zugänge im Bereich der Sachanlagen entfallen im Wesentlichen auf Neu- und Ersatzanschaffungen aus dem IT-Umfeld (Serverarchitektur, Stagesysteme sowie Netzwerk- und Sicherheitssysteme). Die Anschaffungen von geringwertigen Wirtschaftsgütern stehen mit T€ 70 fast ausschließlich im Zusammenhang mit Neu- und Ersatzanschaffungen von ec-cash Terminals für das ehemalige Geschäftsfeld Netzbetrieb.

Die Investitionen des Geschäftsjahres 2017 konnten alle aus Liquiditätszuflüssen aus der laufenden Geschäftstätigkeit sowie aus bestehenden Guthaben finanziert werden.

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

3.4. Gesamtaussage Geschäftslage 2017

Das Geschäftsjahr 2017 schloss mit einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von T€ 33.024 (Vorjahr T€ 11.186). Die VÖB-ZVD Processing befindet sich zum Abschlussstichtag in finanziell und wirtschaftlich geordneten Verhältnissen und besitzt eine solide Kapitalausstattung. Insgesamt kommt die Geschäftsleitung zum Schluss, dass die Gesamtentwicklung im Geschäftsjahr 2017, insbesondere getragen durch die Sondereffekte, sehr positiv verlaufen ist.

3.5 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Als wesentliche finanzielle Leistungsindikatoren der Gesellschaft wurden durch die Geschäftsleitung die Entwicklung des Personalbereiches (Personalaufwand und FTE-Entwicklung), das Provisionsergebnis, der Verwaltungsaufwand sowie das Ergebnis vor Steuern definiert. Diese Informationen werden über ein internes Berichtswesen abgebildet. Alle Kennzahlen fließen zudem in die Konzernsteuerung ein.

Als nichtfinanzielle Leistungsindikatoren wurden seitens der Geschäftsleitung für die VÖB-ZVD Processing auf Unternehmensebene die Erfüllung vereinbarter Service Level Agreements (SLA) definiert. Diese betreffen die Hochverfügbarkeit des Rechenzentrums und die technische Verfügbarkeit der mandantenfähigen Autorisierungssysteme MATs Issuing und MATs Acquiring. Nicht explizit auf Unternehmensebene als nichtfinanzieller Leistungsindikator definiert, ist die VÖB-ZVD Processing jedoch durch die Konzernzugehörigkeit zum Deutsche Bank Konzern in den Prozess der Messung der Mitarbeiterzufriedenheit eingebunden. Diese findet im jährlichen Turnus mittels einer elektronischen Befragung statt. Hierbei werden insbesondere durch eine Vielzahl von Fragen die Leistungsbereitschaft und die Bindung der Belegschaft an das Unternehmen ermittelt.

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

4. Chancenbericht

Nach dem erfolgreichen Verkauf des Frankfurter POS Drittkunden Netzbetriebes an die SIX Payment Services (Europe) S. A., fokussiert sich die VÖB-ZVD Processing wieder verstärkt auf Ihre Dienstleistungen im Deutsche Bank Konzern sowie im Umfeld der Deutschen Kreditwirtschaft. Aktuell gibt es umfangreiche Veränderungen in der Zahlungsverkehrslandschaft in Europa. Neben regulatorischen Änderungen (PSD2), neuen Produktparten (Instant Payment), neuen Marktteilnehmern (Figo, Sofort), lassen sich auch verstärkt Konsolidierungsmaßnahmen und Unternehmenszusammenschlüsse in Europa erkennen. Darüber hinaus erhöht sich massiv die technische Innovation und Standardisierung im Payment Umfeld (Kontaktlos, Mobile-Payment, Instant Payment, Bezahlverfahren mit QR-Code usw.). Die Gesellschaft sieht hier große Chancen, die neuen Entwicklungen für den Konzern aus technischer Sicht und in der Rolle eines Dienstleisters mit zu begleiten und somit den Konzerngesellschaften aber auch Drittkunden einen Mehrwert für die Zukunft zu bringen. Beispielhaft hierfür sei erwähnt, dass zwei Pilotinitiativen in 2017 die Produktionsreife erlangt haben. Neben einer Mobile Payment Lösung wurde auch das verteilte Girocard-Terminal mit einem Partner in den Produktionsbetrieb überführt und an der modernen MATs-Plattform angebunden.

Darüber hinaus nehmen regulatorische Vorgaben immer mehr Einfluss auf den operativen Betrieb. So mussten in 2017 alle Voraussetzungen geschaffen werden, um die Anforderungen nach der „Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz“ (KritisVO) sowie dem neuen ZAG zu erfüllen. Für das Geschäftsjahr 2018 ist erstmalig eine Zertifizierung der MATs-Plattform und des Clearing-Systems nach dem dann aktuellen PCI-DSS Standard vorgesehen, um den laufend höher werdenden Anforderungen an die IT-Sicherheit Rechnung tragen zu können.

In einer Reihe von Maßnahmen hat die Deutsche Bank am 5. März 2017 im Rahmen ihrer Strategie angekündigt, die Postbank mittelfristig mit dem Privat- und Firmenkundengeschäft sowie dem Geschäft mit vermögenden Kunden der Deutschen Bank zusammenlegen zu wollen. Die strategische Neupositionierung und

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

das klare Bekenntnis zum Heimatmarkt haben das Ziel, einen Marktführer im Privat- und Firmenkundengeschäft in Deutschland zu formen und die gemeinsamen Größenvorteile zu nutzen. Die Geschäftsleitung sieht diesem Schritt positiv entgegen, da sich hieraus weitere Potenziale für die Ausweitung der Geschäftsaktivitäten der VÖB-ZVD Processing in Zusammenhang mit den klassischen Geschäftsfeldern ergeben. Vormalig geplante Projekte, die im Rahmen der Entflechtung 2015 / 2016 vorübergehend gestoppt wurden, könnten ggf. durch neue Strategieinitiativen in den kommenden 24 Monaten wieder aufgenommen werden.

Aufgrund der oben getätigten Aussagen geht die Geschäftsleitung der VÖB-ZVD Processing davon aus, dass sich alle Geschäftsbereiche weiterhin behaupten werden, beobachtet aber sorgsam die Entwicklungen insbesondere in der Payment-Branche. Diese Prognose betrifft neben dem kommenden Geschäftsjahr 2018 auch die vier Folgejahre bis einschließlich 2022, denen trotz beispielsweise bereits bekannter einzelvertraglicher, inflations- bzw. tarifbedingter Kostensteigerungen ein zu 2018 nur leicht reduziertes Ergebnis vor Steuern aus dem operativen Geschäftsbetrieb (ohne Berücksichtigung der Sondereffekte) unterstellt wird. Mögliche zusätzliche Ertragschancen aus der Reintegration in die Deutsche Bank sind hierbei noch nicht im Einzelnen reflektiert.

Insgesamt werden die beschriebenen Chancen unter Abwägung möglicher bzw. bestehender Risiken in ihrer Gesamtheit leicht überwiegen und auch weiterhin zu einer positiven Entwicklung des Unternehmens beisteuern. Die Geschäftsleitung sieht für die mittelfristige Entwicklung weiteres Ertragspotenzial bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung einer hohen Kostendisziplin.

5. Risikobericht

Als Zahlungsinstitut muss die VÖB-ZVD Processing gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 4 ZAG über ein angemessenes Risikomanagement verfügen. In Anlehnung an die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) hat die Gesellschaft ein Risikomanagement implementiert, welches die Anforderungen der MaRisk insofern beachtet, wie dies vor dem Hintergrund der Institutsgröße sowie Art, Umfang

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

und Komplexität sowie Risikogehalt der Geschäftsaktivitäten geboten erscheint. Dies gilt insbesondere für die Module AT 3 (Gesamtverantwortung der Geschäftsleitung), AT 4 (Risikotragfähigkeit und Risikostrategie), AT 5 (Organisationsrichtlinien), AT 7 (Ressourcen) und AT 9 (Outsourcing) der MaRisk.

Die Institute bzw. die in § 8 Abs. 3 Nr. 9 ZAG genannten Personen („Geschäftsleiter“) sind gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 und 2 ZAG verpflichtet, eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation einzurichten und zu unterhalten. Eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation umfasst insbesondere angemessene Maßnahmen der Unternehmenssteuerung, Kontrollmechanismen und Verfahren, die gewährleisten, dass das Institut seine Verpflichtungen erfüllt. Gemäß dem Prinzip der doppelten Proportionalität sollen die institutsspezifischen Gegebenheiten berücksichtigt werden sowie die institutsspezifischen Risikosteuerungsprozesse (Verfahren zur Identifizierung, Messung, Steuerung und zum Reporting von Risiken) proportional zur Größe, zum Geschäftsumfang und zur Komplexität der betriebenen Geschäfte und zum Risikoprofil ausgestaltet werden.

Die Geschäftsleitung hat eine Geschäftsstrategie inklusive einer Outsourcing-Strategie sowie eine Risikostrategie festgelegt, die vom Beirat der VÖB-ZVD Processing genehmigt wurde. Bei der Ausarbeitung der Risikostrategie wurden die in der Geschäftsstrategie niedergelegten Ziele und Vorgaben für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten berücksichtigt. Ferner wurde eine auf die Ausführungen der Geschäfts- und Risikostrategie aufbauende konsistente IT-Strategie erarbeitet und verabschiedet. Die Vorgaben zu den einzelnen Strategien sind mindestens jährlich auf ihre Aktualität hin zu überprüfen und ggf. anzupassen.

Von der Geschäftsleitung werden für die VÖB-ZVD Processing im Wesentlichen drei übergeordnete Geschäftsfelder abgeleitet:

- Wahrnehmung so genannter „hoheitlicher Aufgaben“ im Auftrag der Deutsche Kreditwirtschaft (vormals Zentraler Kreditausschuss (ZKA))

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

- Bereitstellung von Dienstleistungen für die Mitgliedsinstitute des VÖB sowie für die Konzernobergesellschaften Deutsche Postbank AG und Deutsche Bank AG
- Bereitstellung von Zahlungsdiensten i.S. des § 1 (2) Nr. 2 ZAG (die Ausführung von Zahlungsvorgängen einschließlich der Übermittlung von Geldbeträgen) sowie diverser weiterer zahlungsverkehrsnaher Dienstleistungen für Drittkunden

Die grundsätzliche Risikovermeidung bzw. Risikoüberwälzung als wesentliche Bestandteile der Risikostrategie der VÖB-ZVD Processing sind in diesen drei Geschäftsfeldern unterschiedlich ausgeprägt. Die ersten beiden Geschäftsfelder behalten im Wesentlichen operationelle Risiken. Eine bewusste Risikovermeidung (bspw. kein Abschluss risikoreicher Geschäfte) ist hier aufgrund ihrer Besonderheiten und Zielsetzungen (hoheitliche Aufgaben und konzerninterne Dienstleistungen) nur sehr eingeschränkt möglich. Im dritten Geschäftsfeld (Drittkundenorientiert) kommen im geringfügigen Maße auch Adressenausfallrisiken hinzu. Hier erfolgt aufgrund der identifizierten Marktbedingungen und Besonderheiten eine bewusste Akzeptanz dieser Risiken, die durch verschiedene Kontrollen minimiert werden.

Für die VÖB-ZVD Processing leiten sich grundsätzlich folgende Anforderungen an das Risikomanagementsystem ab:

- Erfassung, Analyse und Bewertung bestehender Risiken (z. B. in Form einer Risikoinventur)
- Implementierung eines Risikotragfähigkeitsmodells unter Einbeziehung der als wesentlich identifizierten Risiken der VÖB-ZVD Processing
- Implementierung eines geeigneten Risikosteuerungs- und Überwachungsprozesses für sämtliche wesentliche Risikoarten
- Integration in die Aufbau- und Ablauforganisation der VÖB-ZVD Processing

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

- Regelmäßige Weiterleitung risikobezogener Informationen als regelmäßige (Risiko-) Reports an die Entscheidungsträger bzw. ad-hoc bei Eintritt von definierten Schwellen- bzw. Risikowerten
- Implementierung entsprechender Eskalationsverfahren im Rahmen der Risikoüberwachung und Risikoberichterstattung bei identifizierten Risiken
- Im Falle bestandsgefährdender Risiken unmittelbare Weiterleitung an die Geschäftsleitung sowie an den Beirat und Einleitung entsprechender Gegenmaßnahmen
- Schaffung eines Überwachungssystems zur Kontrolle der Einhaltung getroffener Maßnahmen

Grundsätzlich bezieht die VÖB-ZVD Processing alle definierten Risikoarten (Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditätsrisiko sowie die operationellen Risiken) in ihre Risikomanagementprozesse ein. Vor dem Hintergrund der Besonderheiten der von der VÖB-ZVD Processing betriebenen Geschäftsfelder werden die Adressenausfallrisiken sowie die operationellen Risiken von der Geschäftsleitung im Rahmen einer Risikoinventur als wesentliche Risiken eingestuft. Marktpreisrisiken ergeben sich aus dem weitestgehend zinsunabhängigen Geschäft der VÖB-ZVD Processing nicht. Ferner ist das Unternehmen bezüglich der Anlage von Geldern streng restriktiv. Die Liquiditätsrisiken sind aufgrund der Kapitalausstattung sowie der Bestände an eigenen liquiden Mitteln ebenfalls unerheblich. Des Weiteren werden aufgrund des Geschäftsmodells der VÖB-ZVD Processing kurz- bis mittelfristig keine relevanten Ertragsrisiken von der Geschäftsleitung erwartet. Aufgrund dessen werden die Marktpreis-, Liquiditäts- sowie die Geschäfts- und Ertragsrisiken als von untergeordneter Bedeutung eingestuft und sind somit nicht wesentlich.

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

Folgende Berechnungsverfahren liegen den einzelnen Risikogrößen (Risikopotenziale) bei der VÖB-ZVD Processing zugrunde:

Risikoart	Risikomessverfahren
Adressenausfallrisiko	Analoge Anwendung des Kreditrisikostandardansatzes (KSA) nach SolvV a.F. mit Abwandlungen aufgrund von Art, Umfang und Risikogehalt des betriebenen Geschäfts
Operationelle Risiken	Analoge Anwendung des Standardansatzes nach SolvV a.F.

Eine separate Berücksichtigung der Marktpreisrisiken sowie der Liquiditätsrisiken in der Risikotragfähigkeitsanalyse erfolgt nicht, da diese Risikoarten von der Geschäftsleitung als nicht wesentlich eingestuft wurden.

Zum Bilanzstichtag betragen die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalerfordernisse nach ZAG i. V. m. ZIEV T€ 2.355. Darüber hinaus werden seitens der VÖB-ZVD Processing für das Adressenausfallrisiko insgesamt T€ 2.721, für die operationellen Risiken T€ 2.633 sowie für die Geschäfts- und Ertragsrisiken pauschal T€ 300 im Rahmen der Risikotragfähigkeit angesetzt. Nach Berücksichtigung der Risikopotenziale aller angewandten Rechtsnormen (ZAG, MaRisk, SolvV a.F.) und der verschiedenen Risikoarten verbleibt der VÖB-ZVD Processing zum Bilanzstichtag eine freie Risikodeckungsmasse von T€ 4.638. Die Risikotragfähigkeit ist somit definitionsgemäß gegeben.

Im Rahmen des Risikotragfähigkeitsmodells wurden für die seitens der Geschäftsleitung als wesentlich eingestuften Adressenausfallrisiken sowie der operationellen Risiken bereits konservative Annahmen zur Ermittlung der Risikopotenziale getroffen. Im Rahmen der gewählten Risikomessansätze (in modifizierter Anwendung der SolvV a.F.) erfolgt eine vergleichsweise hohe Anrechnung auf das vorhandene Risikodeckungspotenzial. Eine Analyse der tatsächlichen Ausfälle in der Vergangenheit ergibt hingegen ein deutlich niedrigeres Risiko. Die Abteilung Finanzen hält in diesem Zusammenhang eine entsprechende Ausfallhistorie vor. Vor diesem Hintergrund wird bei der VÖB-ZVD Processing das im Rahmen des Risikotragfä-

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

higkeitsmodells verwendete Normalszenario gleichzeitig als „worst-case“-Fall definiert. Vor dem Hintergrund der oben dargestellten und als „worst-case“ Betrachtung einzustufenden Eigenkapitalunterlegung der wesentlichen Risiken, hält die Geschäftsleitung die Etablierung weiterer Stresstestverfahren bei der VÖB-ZVD Processing für nicht erforderlich. Vor dem oben beschriebenen Hintergrund sowie in stringenter Anlehnung an den Proportionalitätsgrundsatz werden bei der VÖB-ZVD Processing keine Risikomessmethoden in Form von Value at Risk-Modellen angewendet.

Zum Zwecke der Steuerung und der Begrenzung von Adressausfallrisiken hat die VÖB-ZVD Processing ein Limitsystem etabliert. Das Limitsystem unterteilt sich in ein VÖB-ZVD Processing spezifisches Gesamtlimit sowie in kundenabhängige Einzellimits. Für die Einzelengagements der limitrelevanten Geschäftsbeziehungen wurden, in Abhängigkeit der unterstellten Bonität der Geschäftspartner, der Art und dem Umfang der geschäftlichen Beziehung sowie der prognostizierten Entwicklung des Kunden- und des Marktumfeldes, Einzellimits festgeschrieben. Die Definition einer limitrelevanten Geschäftsbeziehung orientiert sich an dem Begriff der Kreditnehmereinheit nach § 19 KWG a.F.. Die festgelegten Einzellimits gelten somit für eine jeweilige Kreditnehmereinheit. Das Limitsystem in seiner ursprünglichen Ausgestaltung hatte bis zum Verkauf des Frankfurter Netzbetriebs zum 30. September 2017 uneingeschränkt Gültigkeit. Durch den Verkauf des Frankfurter Netzbetriebs ist ein Großteil der überwachungsrelevanten Adressen weggefallen. Vor diesem Hintergrund wird das System zur Überwachung der Adressausfallrisiken im Verlauf des Geschäftsjahres 2018 überarbeitet.

Wesentliche Schadenfälle aus Adressausfällen (Wertberichtigungen bzw. Ausbuchungen) ergaben sich im Geschäftsjahr 2017, wie auch bereits im Jahr 2016, nicht.

Ein operationelles Risiko ist nach dem Verständnis der Gesellschaft die Gefahr von Verlusten, die in Folge von Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder in Folge von externen Ereignissen eintreten. Das Ziel eines OpRisk-Controllings liegt in der systematischen und zeitna-

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

hen Identifikation der Operationellen Risiken mit deren Ursachen und Wirkungszusammenhänge. Die Notwendigkeit der Ad-hoc-Bekämpfung von Krisensituationen soll auf ein nicht beeinflussbares Restrisiko beschränkt werden. Denn gerade die Ad-hoc-Bekämpfung ist häufig mit hohen Kosten verbunden und sollte somit die Ausnahme bleiben.

Als Instrument zur Identifizierung der wesentlichen Risikofelder dient neben der regelmäßigen, i. d. R. monatlichen Erörterung der Risikosituation der Gesellschaft in den Geschäftsführer/Abteilungsleiter Jour Fixes zusätzlich eine jährliche Risikoinventur. Diese qualitative Maßnahme zur Identifizierung und Steuerung der Risiken dient insbesondere dem Risikomanagement der operationellen Risiken. Für sämtliche Organisationseinheiten der VÖB-ZVD Processing wird anhand von standardisierten Erfassungsbögen geprüft, welche Risiken sie tragen und welche Bedeutung bzw. welches Schadenspotenzial diesen zugeordnet wird. Die Ergebnisse der Risikoerhebung werden anschließend aufbereitet, der Geschäftsleitung kommuniziert und ggfs. Maßnahmen eingeleitet.

Zur Vermeidung von Schäden aus dem Themenfeld der operationellen Risiken verfügt die VÖB-ZVD Processing im Rahmen eines unternehmensübergreifenden Notfallmanagementsystems über eine Notfallstrategie sowie dezidierte Business Continuity Pläne (BCP`s) und Maßnahmenkataloge, die in verschiedenen abteilungsspezifischen Notfallhandbüchern sowie dem Notfallvorsorgekonzept (Rahmenwerk) schriftlich fixiert sind. In diesen Dokumenten werden u. a. das normative Umfeld erörtert, Rollen und Verantwortlichkeiten sowie das Verhalten und die Maßnahmen in Notfällen geregelt. Ferner sind hier die Dokumentationsanforderungen, Maßnahmen zur Prävention und Vorbeugung von Notfällen sowie die Notwendigkeit und Verpflichtung zur Durchführung von Notfalltests schriftlich fixiert.

Insgesamt ergaben sich im Geschäftsjahr 2017 keine Schadenfälle (2016: drei) aus dem Bereich der operationellen Risiken.

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

Konzentrationen / Klumpenrisiken im Bereich der Adressenausfallrisiken ergeben sich bei der VÖB-ZVD Processing aufgrund der Konzernverflechtung mit dem Deutsche Bank Konzern, insbesondere jedoch mit der Postbank. Bezüglich der Marktpreis-, Liquiditäts- oder operationellen Risiken wurden seitens der Geschäftsleitung keine relevanten Risikokonzentrationen identifiziert, die einer entsprechenden Steuerung bzw. Kontrolle bedürfen. Auch aus aufwandseitiger Betrachtungsweise (u. A. Beschaffung, Lieferanten etc.) ergaben sich keine Hinweise auf Risikokonzentrationen.

Insgesamt schätzt die Geschäftsleitung die Unternehmensrisiken für die Zukunft weiterhin moderat bis eher gering ein. Signifikante monetäre Risiken werden für die Zukunft grundsätzlich nicht abgeleitet.

Die VÖB-ZVD Processing ist als Tochterunternehmen der Postbank-Gruppe auf Konzernebene in entsprechende Risikomanagementprozesse eingebunden. Die im Konzern verabschiedeten und kommunizierten Handbücher, Frameworks und Strategien sind auch für die VÖB-ZVD Processing verbindlich. Aus diesem Grund ist ein dezentraler OpRisk-Manager (ORM) benannt, der die entsprechenden übergeordneten Managementprozesse für die VÖB-ZVD Processing betreut. Hierzu gehören insbesondere, dass Schäden über T€ 1 in eine zentrale Schadenfalldatenbank der Postbank erfasst sowie monatlich Risikoindikatoren gemeldet werden. Ferner findet halbjährlich ein durch die Abteilung Risikosteuerung – Operationelles Risikomanagement (RIS ORM) der Postbank initiiertes Self Assessment Prozess zur Evaluierung der operationellen Risiken der Konzernunternehmen statt.

Durch die Abteilung Finanzen wird im Rahmen des Risikoreportings vierteljährlich ein Risikobericht erstellt, der dem Beirat der VÖB-ZVD Processing zur Kenntnis gebracht wird. Der Risikobericht umfasst die relevanten Informationen zu den Themengebieten Kennzahlen und Eigenkapitalausstattung, Limitsteuerung / -überwachung, Geldwäsche, Schadenfälle der Berichtsperiode sowie Projekte und sonstige Informationen.

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems der VÖB-ZVD Processing. Die Funktion der Internen Revision ist im Rahmen einer konzerninternen Outsourcingvereinbarung fast vollständig an den Konzernbereich Revision der Postbank ausgelagert. Die Kommunikation und Überwachung der ausgelagerten Dienstleistung zwischen der VÖB-ZVD Processing und des Bereichs Revision wird durch einen Revisionsbeauftragten sicher gestellt bzw. erfolgt direkt über die Geschäftsleitung. Als Teil des unternehmerischen Überwachungssystems prüft der Bereich Revision der Postbank grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der VÖB-ZVD Processing. Die Prüfungsplanung und Festlegung der Prüfungsfrequenzen erfolgt auf Basis eines risikoorientierten Prüfungsansatzes und wird ergänzt um die Vor- und Maßgaben des Deutsche Bank Konzerns. Zur Wahrung einer prüferischen Unabhängigkeit im Mehrmandantengeschäft (Geschäftsbereiche E-Payment, § 24c KWG Kontenevidenzzentrale, paydirekt), wird seit 2013 eine externe Prüfungsgesellschaft mit der Prüfung dieser Geschäftsfelder beauftragt.

6. Prognosebericht

Eine Abweichungsanalyse zwischen den letztjährig berichteten Planerwartungen und den Ist-Werten zum 31. Dezember 2017 wurde bereits im Kapitel „Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage“ vorgenommen. Als wesentliche finanzielle Leistungsindikatoren der Gesellschaft wurden durch die Geschäftsleitung die Entwicklung des Personalbereiches (Personalaufwand und FTE-Entwicklung), das Provisionsergebnis, der Verwaltungsaufwand sowie das Ergebnis vor Steuern definiert. Als wesentliche nichtfinanzielle Leistungsindikatoren wurde die Hochverfügbarkeit des Rechenzentrums und hier insbesondere die Verfügbarkeit der mandantenfähigen Autorisierungssysteme MATs Issuing und MATs Acquiring definiert. Diese sind als Risikoindikatoren monatlich zu melden und über Service-Level-Agreements vertraglich festgelegt. Die Verfügbarkeit des MATs Issuing muss 99,7% (Ist 2017: 99,99%) und des MATs Acquiring muss 99,5% (Ist 2017: 99,99%) betragen.

Die Prognose für das Provisionsergebnis des Geschäftsjahres 2018 liegt bei T€ 23.317. Die Reduzierung der Planerwartungen im Vergleich zum tatsächlichen

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

Provisionsergebnis 2017 (T€ 25.323) ist im Wesentlichen dem Verkauf des Frankfurter Netzbetriebs und dem damit verbundenen Wegfall der Erträge geschuldet. Ferner rechnet die Geschäftsleitung mit tendenziell geringeren Erträgen in den Kerngeschäftsfeldern MATs Issuing, MATs Acquiring sowie der Kartenproduktion. Diese sollen jedoch durch Ertragssteigerungen im Geschäftsfeld Geldautomaten / Cashprognose aufgrund des weiter angestrebten Wachstums teilweise kompensiert werden.

Der Personalaufwand wird mit T€ 7.425 geplant. Die Reduzierung des Budgets im Vergleich zum Ist 2017 ist fast ausschließlich auf den Verkauf des Frankfurter Netzbetriebs und den damit verbundenen Übergang der Mitarbeiter zum Erwerber zurück zu führen.

Der Verwaltungsaufwand soll gemäß den Planannahmen T€ 8.342 umfassen. Auch im Jahr 2018 wird die Kostendisziplin einen signifikanten Einfluss auf die zu tätigen Ausgaben haben. Mit größeren kostenseitigen Sondereffekten, wie sie in 2017 aus dem Projekt Verkauf des Frankfurter Netzbetriebs resultierten, wird nicht gerechnet.

Für das Jahr 2018 wird für die Geschäftsbereiche der VÖB-ZVD Processing ein Gesamtergebnis von T€ 5.822 vor Steuern erwartet. Diese Ergebniserwartung umfasst den normalen Geschäftsbetrieb. Obgleich, wie im Chancenbericht bereits erläutert, die Geschäftsleitung Chancen darin sieht, die neuen Entwicklungen für den Konzern aus technischer Sicht und in der Rolle eines Dienstleisters begleiten zu können, sind diese monetär noch nicht in die Planung mit eingeflossen. Dies umfasst neben der Übernahme von Dienstleistungen für die in 2018 neu geplante Konzernstruktur im Deutsche Bank Konzern auch die Möglichkeiten in den erwähnten Bereichen der technischen Innovationen und Standardisierungsprozesse. In 2018 werden neben dem normalen Geschäftsbetrieb weiterhin Erträge aus so genannten Milestone-Zahlungen in Höhe von insgesamt T€ 6.000 erwartet, die in Zusammenhang mit der finalen Migration der IT-Infrastruktur des Frankfurter Netzbetriebs in das Rechenzentrum des Käufers Six Payment Services (Europe) S. A. nach Luxembourg sukzessive fällig werden.

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

Im November 2017 genehmigte der Beirat der Gesellschaft Neu-, Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen für das Jahr 2018 in Höhe von insgesamt T€ 2.557, von denen T€ 905 auf immaterielle Anlagewerte sowie T€ 1.652 auf Hardwarekomponenten und auf übrige Betriebs- und Geschäftsausstattung entfallen. Die Investitionen sind im Wesentlichen Lifecycle bedingte Neu- bzw. Ersatzanschaffungen für die MAts-Systeme sowie die geplante Modernisierung der Netzwerkarchitektur.

Versicherung der Geschäftsleitung

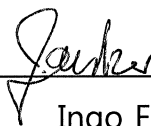
Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der VÖB-ZVD Processing GmbH vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
der VÖB-ZVD Processing GmbH

Bonn, den 16. April 2018



Hermann Beckers



Ingo Faerber



ppa. Markus Schierack
(Generalbevollmächtigter)

Jahresabschluss

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017

2

der VÖB-ZVD Processing GmbH, Bonn

Aktivseite	31.12.2017	31.12.2016
	Euro	Euro
1. Barreserve	61.571.392,97	57.317.157,95
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	61.571.342,94	57.317.034,11
b) aus sonstigen Tätigkeiten	50,03	123,84
2. Forderungen an Kreditinstitute	62.956.913,67	37.241.740,88
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld davon auf Treuhandkonten	14.550.626,24	15.901.166,76
b) aus sonstigen Tätigkeiten	48.406.287,43	21.340.574,12
aa) täglich fällig	46.084.642,04	18.725.966,68
bb) andere Forderungen	2.321.645,39	2.614.607,44
3. Forderungen an Kunden	123.296,33	2.755.930,70
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld davon: aus Provisionen	43.980,40	1.052.599,02
	0,00	160.267,63
b) aus sonstigen Tätigkeiten	79.315,93	1.703.331,68
4. Forderungen an Institute im Sinn des § 1 Absatz 2a des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes	8.748.717,32	7.030.479,97
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	8.517.550,00	6.887.816,21
b) aus sonstigen Tätigkeiten	231.167,32	142.663,76
5. Beteiligungen	251.000,00	303.202,90
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld darunter:	26.000,00	78.202,90
aa) an Institute im Sinn des § 1 Absatz 2a des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes	26.000,00	78.202,90
b) aus sonstigen Tätigkeiten	225.000,00	225.000,00
6. Immaterielle Anlagewerte	1.461.585,00	2.353.038,39
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	153.967,60	242.775,92
aa) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	153.967,60	234.982,83
bb) geleistete Anzahlungen	0,00	7.793,09
b) aus sonstigen Tätigkeiten	1.307.617,40	2.110.262,47
aa) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.307.617,40	2.042.523,17
bb) geleistete Anzahlungen	0,00	67.739,30
7. Sachanlagen	2.499.822,94	2.728.085,00
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	256.646,01	243.397,74
b) aus sonstigen Tätigkeiten	2.243.176,93	2.484.687,26
8. Sonstige Vermögensgegenstände	148.806,64	237.603,25
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	0,00	0,99
b) aus sonstigen Tätigkeiten	148.806,64	237.602,26
9. Rechnungsabgrenzungsposten	2.414.365,34	2.320.570,05
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	242.439,31	230.967,33
b) aus sonstigen Tätigkeiten	2.171.926,03	2.089.602,72
Summe der Aktiva	140.175.900,21	112.287.809,09

Passivseite	31.12.2017	31.12.2016
	Euro	Euro
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	73.671.310,86	68.707.190,01
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	73.671.266,91	68.536.204,73
aa) täglich fällig	70.535.802,05	64.693.225,81
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	3.135.464,86	3.842.978,92
b) aus sonstigen Tätigkeiten	43,95	170.985,28
aa) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	43,95	170.985,28
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11.917.468,53	14.169.509,60
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	11.163.402,93	12.536.678,40
aa) Verbindlichkeiten zur Ausführung von Zahlungsvorgängen	10.976.596,84	12.325.185,76
bb) davon auf Zahlungskonten	10.942.282,96	12.307.219,83
b) aus sonstigen Tätigkeiten	754.065,60	1.632.831,20
3. Verbindlichkeiten gegenüber Institute im Sinn des § 1 Absatz 2a des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes	680,00	2.785,73
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	680,00	823,45
b) aus sonstigen Tätigkeiten	0,00	1.962,28
4. Sonstige Verbindlichkeiten	1.111.593,62	295.802,02
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	14.572,05	20.169,76
b) aus sonstigen Tätigkeiten	1.097.021,57	275.632,26
5. Rechnungsabgrenzungsposten	52.074,62	52.074,62
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	0,00	0,00
b) aus sonstigen Tätigkeiten	52.074,62	52.074,62
6. Rückstellungen	12.258.240,55	6.361.422,11
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.469.995,00	1.070.700,00
aa) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	82.240,90	72.939,72
bb) aus sonstigen Tätigkeiten	1.387.754,10	997.760,28
b) Steuerrückstellungen	8.759.516,16	2.782.261,02
aa) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	452.343,17	236.741,48
bb) aus sonstigen Tätigkeiten	8.307.172,99	2.545.519,54
c) andere Rückstellungen	2.028.729,39	2.508.461,09
aa) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	275.694,23	309.174,96
bb) aus sonstigen Tätigkeiten	1.753.035,16	2.199.286,13
7. Eigenkapital	41.164.532,03	22.699.025,00
a) Gezeichnetes Kapital	425.000,00	425.000,00
b) Kapitalrücklage	10.847.476,28	10.847.476,28
c) Gewinnrücklagen	3.904.501,55	3.904.501,55
aa) andere Gewinnrücklagen	3.904.501,55	3.904.501,55
d) Bilanzgewinn	25.987.554,20	7.522.047,17
Summe der Passiva	140.175.900,21	112.287.809,09

Gewinn- und Verlustrechnung

5

der VÖB-ZVD Processing GmbH, Bonn, für den Zeitraum 01.01. - 31.12.2017

	2017	2016
	Euro	Euro
1. Zinserträge	518.630,52	497.316,01
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	605.423,85	476.638,28
aa) aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	605.423,85	476.638,28
b) aus sonstigen Tätigkeiten	-86.793,33	20.677,73
bb) aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	-86.793,33	20.677,73
2. Zinsaufwendungen	764.143,22	523.709,26
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	620.410,79	491.458,81
b) aus sonstigen Tätigkeiten	143.732,43	32.250,45
3. Laufende Erträge aus	94.190,30	3.341.781,49
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	0,00	30.011,50
aa) Beteiligungen	0,00	30.011,50
b) aus sonstigen Tätigkeiten	94.190,30	3.311.769,99
bb) Beteiligungen	94.190,30	3.311.769,99
4. Provisionserträge	33.393.107,92	35.558.139,76
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	3.517.726,81	3.668.728,97
b) aus sonstigen Tätigkeiten	29.875.381,11	31.889.410,79
5. Provisionsaufwendungen	8.070.434,28	8.031.842,57
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	1.174.338,82	1.224.402,07
b) aus sonstigen Tätigkeiten	6.896.095,46	6.807.440,50
6. Sonstige betriebliche Erträge	30.302.904,67	1.142.517,48
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	167.122,31	199.149,98
b) aus sonstigen Tätigkeiten	30.135.782,36	943.367,50
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	20.085.177,57	17.931.320,49
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	1.432.667,32	1.476.727,01
aa) Personalaufwand	537.828,20	655.255,24
aaa) Löhne und Gehälter	454.893,70	556.126,04
bbb) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	82.934,50	99.129,20
13.701,64	9.666,79	
bb) andere Verwaltungsaufwendungen	894.839,12	821.471,77
b) aus sonstigen Tätigkeiten	18.652.510,25	16.454.593,48
aa) Personalaufwand	9.075.451,57	8.963.397,12
aaa) Löhne und Gehälter	7.675.993,42	7.607.384,53
bbb) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	1.399.458,15	1.356.012,59
231.205,01	132.234,35	
bb) andere Verwaltungsaufwendungen	9.577.058,68	7.491.196,36
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	2.212.265,97	2.270.443,13
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	226.552,39	215.615,40
b) aus sonstigen Tätigkeiten	1.985.713,58	2.054.827,73
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	152.173,34	592.455,87
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	828,73	13.997,36
b) aus sonstigen Tätigkeiten	151.344,61	578.458,51
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	1.016,97	10.213,72
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	107,13	1.053,81
b) aus sonstigen Tätigkeiten	909,84	9.159,91
11. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	436,53	6.138,48
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	45,99	530,17
b) aus sonstigen Tätigkeiten	390,54	5.608,31
12. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	33.024.058,59	11.185.908,18
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	835.413,77	951.804,45
b) aus sonstigen Tätigkeiten	32.188.644,82	10.234.103,73
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7.036.504,39	3.663.861,01
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	174.195,38	311.739,01
b) aus sonstigen Tätigkeiten	6.862.309,01	3.352.122,00
14. Jahresüberschuss	25.987.554,20	7.522.047,17
a) aus Zahlungsdiensten und der Ausgabe von E-Geld	661.218,39	640.065,44
b) aus sonstigen Tätigkeiten	25.326.335,81	6.881.981,73
15. Bilanzgewinn	25.987.554,20	7.522.047,17

**VÖB-ZVD Processing GmbH
Bonn**

**Anhang für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017**

I. Allgemeine Angaben

Die VÖB-ZVD Processing GmbH (VÖB-ZVD Processing) hat ihren Sitz in Bonn und ist im Handelsregister des Amtsgerichts Bonn und der Registernummer HRB 23407 eingetragen. Die Sitzverlegung von Frankfurt a. M. (ehemals HRB 50934) nach Bonn erfolgte mit beurkundetem Gesellschafterbeschluss vom 18. Dezember 2017. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 3. Januar 2018.

Die VÖB-ZVD Processing wird in den Teilkonzernabschluss der Deutsche Postbank AG, Bonn, (Postbank) einbezogen, der im Bundesanzeiger veröffentlicht und beim Amtsgericht in Bonn unter HRB 6793 eingereicht wird.

Die Postbank wird in den Konzernabschluss der Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, (Deutsche Bank) einbezogen. Dieser wird beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter HRB 30000 eingereicht und im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Das Stammkapital beträgt T€ 425. Die Postbank ist mit 75 % und der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e.V., Berlin (VÖB e.V.), mit 25 % als Gesellschafter beteiligt. Der vom VÖB e.V. gehaltene Anteil von T€ 106 wird hierbei gemäß Treuhandvertrag vom 13. Januar 2016 treuhänderisch vom VÖB e.V. (Treuhand) für die Postbank (Treugeber) gehalten.

Mit Vertrag vom 12. Mai 2014 und mit Wirkung vom 1. Januar 2014 an, besteht zwischen der Deutsche Bank AG, Frankfurt (Organträger), und der VÖB-ZVD Processing GmbH, Bonn (Organgesellschaft), aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft ein Umsatzsteuer-Umlagevertrag.

In der Berichtsperiode wurde der Netzbetrieb Frankfurt im Rahmen eines Auktionsprozesses am 29.09.2017 an die SIX Payment Services (Europe) S.A. verkauft. Durch den Verkauf sind verschiedene Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nur eingeschränkt mit den Vorjahresangaben vergleichbar.

II. Vorschriften zur Rechnungslegung

Der VÖB-ZVD Processing GmbH wurde mit Schreiben vom 28. April 2011 / 4. Juli 2012 von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die Erlaubnis erteilt, Zahlungsdienste nach § 1 Abs. 2 Nr. 1, 2a, 2b, 4 und 6 Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (ZAG) zu erbringen. Mit Schreiben vom 29. September 2017 zeigte die VÖB-ZVD Processing der BaFin gemäß § 66 Abs. 2 ZAG-neu an, dass das Unternehmen auch über den 13. Juli 2018 hinaus, weiterhin Zahlungsdienste erbringen möchte.

Die VÖB-ZVD Processing unterliegt den Rechtsnormen des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (ZAG) und wird entsprechend aufsichtsrechtlich durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die Bundesbank überwacht. Die Gesellschaft erstellt ihren Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 nach der vorgeschriebenen Gliederung für Zahlungsinstitute (Formblatt 1 und 2) der Zahlungsinstituts-Rechnungslegungsverordnung (RechZahlV). Es wurden ferner die für Zahlungsinstitute gebotenen Vorschriften der §§ 340 ff in Verbindung mit den §§ 238 ff HGB angewendet.

III. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden, Forderungen an Institute im Sinne des § 1 Absatz 2a des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes (Zahlungsinstitute) und die sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nominalwert unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips angesetzt.

Fremdwährungsforderungen bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Anhang

Die Beteiligungen sind zu fortgeführten Anschaffungskosten aktiviert. Bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Von dem Wahlrecht nach § 253 Abs. 3 S. 6 HGB wird kein Gebrauch gemacht.

Entgeltlich erworbene Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige nutzungsbedingte Abschreibungen, aktiviert. Die Abschreibungen sind nach der voraussichtlichen betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear ermittelt worden. Bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Das Wahlrecht nach § 248 Abs. 2 HGB, selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens als Aktivposten in die Bilanz aufzunehmen, wurde nicht wahrgenommen.

Der Posten Sachanlagen umfasst ausschließlich Betriebs- und Geschäftsausstattung. Über eigengenutzte Grundstücke und Bauten verfügt die VÖB-ZVD Processing nicht.

In Übereinstimmung mit den steuerlichen Vorschriften nach § 6 EStG werden geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einer Grenze von € 150 im Zugangsjahr in voller Höhe aufwandswirksam erfasst und bei darüber hinausgehenden Anschaffungskosten bis € 1.000 in einen Sammelposten eingestellt, welcher jährlich mit einem Fünftel pro Kalenderjahr linear aufgelöst wird.

Geleistete Anzahlungen werden mit dem Nennbetrag bewertet.

Auf eine Bilanzierung der aktiven latenten Steuern zum 31. Dezember 2017 wird gem. § 274 Abs. 1 S. 2 HGB verzichtet.

Mit der im Jahr 2016 erfolgten Änderung des § 253 Abs. 2 HGB wurde der Betrachtungszeitraum für die Ermittlung des durchschnittlichen Rechnungszinses für Altersversorgungsverpflichtungen von sieben auf zehn Geschäftsjahre ausgedehnt. Der Unterschiedsbetrag, der sich aus der Bewertung mit dem 10-Jahres-Durchschnitt und der Be-

Anhang

wertung mit dem 7-Jahres-Durchschnitt ergibt, unterliegt der Ausschüttungssperre (siehe Abschnitt VI. Sonstige Angaben).

Die bilanzierten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, Verbindlichkeiten gegenüber Zahlungsinstituten sowie die sonstigen Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

Fremdwährungsverbindlichkeiten bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Den bilanzierten Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen liegen versicherungsmathematische Gutachten zu Grunde, die die Rückstellungshöhe anhand der projizierten Einmalbeitragsmethode (Projected-Unit-Credit-Methode) unter Berücksichtigung der „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck ermitteln.

Bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen wurde ein Rechnungszinssatz auf Basis des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Geschäftsjahre in Höhe von 3,68 % (31.12.2016 4,01 %) verwendet. Der durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre hätte 2,8 % betragen. Der Dynamik anrechenbarer Bezüge wurde mit 2,4 % (31.12.2016 1,9 %), der Dynamik der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung wurde mit 2,4 % (31.12.2016 2,2 %), der Dynamik der Anpassung der laufenden Renten wurde mit 1,8 % (31.12.2016 1,6 %) Rechnung getragen. Deferred Compensations werden mit 1,0 % fix angepasst. Insgesamt wurde bei den Pensionsrückstellungen eine Restlaufzeit von 15 Jahren unterstellt.

Die Steuerrückstellungen sowie die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Rückstellungen sind mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag passiviert und werden bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr gem. § 253 Abs. 1 HGB abgezinst.

Aktive und passive Rechnungsabgrenzungen wurden gemäß § 250 HGB angesetzt.

Das Eigenkapital beinhaltet in Übereinstimmung mit § 272 HGB das Gezeichnete Kapital, die Kapitalrücklage, die anderen Gewinnrücklagen sowie den Bilanzgewinn. Das Stammkapital der Gesellschaft ist vollständig eingezahlt.

IV. Erläuterungen zur Bilanz

Barreserve

Die Barreserve in Höhe von T€ 61.571 (31.12.2016 T€ 57.317) resultiert fast ausschließlich aus dem Geschäftsfeld Geldautomatengeschäft und betrifft mit T€ 57.714 die in den Geldautomaten befindlichen Bargeldbestände (31.12.2016 T€ 53.151) sowie mit T€ 3.857 Guthabenbestände bei der Deutschen Bundesbank (31.12.2016 T€ 4.166).

Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von T€ 62.957 (31.12.2016 T€ 37.242), davon gegenüber verbundene Unternehmen T€ 62.923 (31.12.2016 T€ 37.097), setzen sich im Wesentlichen aus bei der Postbank als Treuhandvermögen geführten Guthaben der Zahlungsverkehrsabwicklungskonten in Höhe von T€ 14.078 (31.12.2016 T€ 15.317) sowie die bei der Postbank geführten Geschäftskontenguthaben T€ 46.080 (31.12.2016 T€ 15.112) zusammen. Die verbleibenden Forderungen gegenüber der Postbank betreffen mit T€ 470 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (31.12.2016 T€ 1.280). Es besteht eine Forderung aus anrechenbarer Kapitalertragsteuer gegen den steuerlichen Organträger Deutsche Bank AG aus der Organschaft mit der PBC Banking Services GmbH aus 2014 mit T€ 4. Weitere Forderungen gegen verbundene Kreditinstitute bestehen in Höhe von T€ 1.479 (31.12.2016 T€ 695) gegenüber der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt a.M., mit T€ 238 (31.12.2016 T€ 508) gegenüber der Konzernobergesellschaft Deutsche Bank AG, sowie mit T€ 110 (31.12.2016 T€ 42) gegenüber der norisbank GmbH, Berlin, aus Lieferungen und Leistungen. Die Forderungen an Kreditinstitute haben Laufzeiten bis zu drei Monate.

Anhang

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden in Höhe von T€ 123 (31.12.2016 T€ 2.756) resultieren aus Lieferungen und Leistungen, wie z.B. dem Funktionstest und der Testkartenproduktion

Gegen verbundene Unternehmen bestehen Forderungen in Höhe von T€ 5 (31.12.2016 T€ 22). Die Forderungen an Kunden haben Laufzeiten bis zu drei Monate.

Forderungen an Institute i.S.d. § 1 Abs. 2a ZAG

Die Forderungen an Institute i.S.d. § 1 Abs. 2a ZAG betragen T€ 8.749 (31.12.2016 T€ 7.030), sind innerhalb von 3 Monaten fällig und resultieren mit T€ 8.518 fast ausschließlich aus der Verrechnung von Kreditkartenumsätzen an den betriebenen Geldautomaten.

Die Forderungen an Kreditinstitute, Kunden und an Institute i.S.d. § 1 Abs. 2a ZAG sind vollumfänglich unverbrieft.

Anlagevermögen

Die VÖB-ZVD Processing verfügt über folgende **Beteiligungen**:

Name und Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital am 31.12.2016	Ergebnis 2016	Bilanzwert 31.12.2017
	%	T€	T€	T€
EURO Kartensysteme GmbH, Frankfurt am Main (EKS)	1,0	11.635	391	26
SRC Security Research & Consulting GmbH, Bonn (SRC)	22,5	4.971	942	225

Die Beteiligung an der ConCardis GmbH, Frankfurt a. M., wurde im Geschäftsjahr veräußert.

Anhang

Die Entwicklung des **Anlagevermögens** wird im Anlagespiegel (Anlage zum Anhang) dargestellt. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt zum Bilanzstichtag T€ 1.845 (31.12.2016 T€ 2.392). Eigengenutzte Grundstücke und Bauten besitzt die VÖB-ZVD Processing nicht.

Die wesentlichen Zugänge des Geschäftsjahres betreffen mit T€ 551 Hardwarekomponenten (Firewall-, Netzwerk-, Server- und Archivierungssysteme). Weitere T€ 411 betreffen Software und resultieren im Wesentlichen aus Anschaffungen neuer Lizenzen für Server- und Schnittstellensysteme. Weitere Zugänge in Höhe von T€ 117 betreffen Betriebs- und Geschäftsausstattungen (T€ 47) sowie geringwertige Wirtschaftsgüter (T€ 70). Ferner entfielen T€ 646 auf geleistete Anzahlungen für zum Bilanzstichtag im Bau befindliche Hardwareanlagen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von T€ 149 (31.12.2016 T€ 238) beinhalten Gewerbesteuerforderungen für die Jahre 2012 und 2013.

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Zum 31. Dezember 2017 betragen die aktiven Rechnungsabgrenzungen T€ 2.414 (31.12.2016 T€ 2.321) und resultieren aus im Voraus geleisteten Zahlungen für Software- bzw. Hardwarewartung, Lizenzen, Supportleistungen sowie vorschüssig gezahlten Gehältern.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von T€ 73.671 (31.12.2016 T€ 68.707) handelt es sich überwiegend um die Verbindlichkeiten gegenüber der Postbank aus dem Betriebsmittelkredit zwecks Bargeldausstattung der Geldautomaten i.H.v. T€ 70.535 (31.12.2016 T€ 64.590). Aus unserer Funktion als elc-Entgeltkopfstelle resultieren aus noch weiter zu leitenden ec-cash-Entgelten des Monats November 2017 Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 3.136 (31.12.2016 T€ 2.994). Insgesamt bestehen Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen in Höhe von T€ 73.671 (31.12.2016 T€ 67.858). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben Laufzeiten bis zu drei Monate.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Dieser Posten in Höhe von T€ 11.917 (31.12.2016 T€ 14.170) ist vollständig unverbrieft, innerhalb eines Jahres zur Zahlung fällig und setzt sich im Wesentlichen zusammen aus den als Treuhandverbindlichkeiten geführten Bestands- und Verrechnungskonten aus Ladevorgängen des Geschäftsfeldes GeldKarte-Evidenzzentrale („Börsenverrechnungskonten“) in Höhe von T€ 10.006 (31.12.2016 T€ 9.754). Insgesamt bestehen Treuhandverbindlichkeiten in Höhe von T€ 10.942 (31.12.2016 T€ 12.307). Weitere T€ 176 betreffen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Verbindlichkeiten gegenüber Instituten i.S.d. § 1 Abs. 2a ZAG

Die Verbindlichkeiten gegenüber Zahlungsinstituten in Höhe von T€ 1 (31.12.2016 T€ 3) resultieren aus Lieferungen und Leistungen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Zahlungsinstituten haben Laufzeiten bis zu drei Monate.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die Sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 1.112 (31.12.2016 T€ 296) betreffen noch abzuführende Körperschaftsteuer/Solidaritätszuschlag, Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge. Die sonstigen Verbindlichkeiten haben Laufzeiten bis zu drei Monate.

Alle ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind unverbrieft und unbesichert.

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von T€ 52 (31.12.2016 T€ 52) beinhaltet Abgrenzungen aus im Voraus vereinnahmten Entgelten.

Rückstellungen

Die **Pensionsverpflichtungen** zum 31. Dezember 2017 in Höhe von T€ 1.470 (31.12.2016 T€ 1.071) ergeben sich auf Grundlage von sechs unmittelbaren Zusagen, wovon drei Zusagen in Höhe von T€ 639 in Form von Entgeltumwandlungen zur betrieblichen Altersversorgung (Deferred Compensation) erteilt wurden. Alle Zusagen wurden mittels eines versicherungsmathematischen Gutachtens der Willis Towers Watson GmbH, Reutlingen bewertet.

Steuerrückstellungen von insgesamt T€ 8.760 (31.12.2016 T€ 2.782) bestehen in Höhe von T€ 5.454 für Gewerbesteuer und in Höhe von T€ 3.306 für Körperschaftsteuer/Solidaritätszuschlag.

Andere Rückstellungen in Höhe von T€ 2.029 (31.12.2016 T€ 2.508) beinhalten personalbezogene Rückstellungen in Höhe von T€ 538 (31.12.2016 T€ 512), die sich im Wesentlichen aus erwarteten Interessenausgleichszahlungen, resultierend aus dem Verkauf des Frankfurter Netzbetriebs, aus Bonusansprüchen der Angestellten sowie Ansprüchen aus Resturlaub zusammensetzen. Die Rückstellungen für Bonuszahlungen unterteilen sich in Ansprüche aus dem Geschäftsjahr 2017 sowie aus potenziellen Ansprüchen, die im Rahmen der Konzernvorgaben für Nachhaltigkeit erst in späteren Perioden ausgezahlt werden.

Andere Rückstellungen ohne Personalbezug in Höhe von T€ 1.490 (31.12.2016 T€ 1.996) umfassen im Wesentlichen mit T€ 470 (31.12.2016 T€ 438) Rückstellungen aus Rückbauverpflichtungen gemieteter Immobilien, mit T€ 180 (31.12.2016 T€ 161) aus Jahresabschlusskosten, mit T€ 671 (31.12.2016 T€ 641) Rückstellungen für ausstehende Rechnungen, mit T€ 79 (31.12.2016 T€ 93) für Steuerberatung sowie mit T€ 65 (31.12.2016 T€ 85) Rückstellungen aus Archivierungsaufwand.

Abzinsungen über die entsprechenden Restlaufzeiten wurden vorgenommen.

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt T€ 425, die Kapitalrücklage T€ 10.847 und die Gewinnrücklagen T€ 3.905.

Insgesamt ergab sich für die VÖB-ZVD Processing im Geschäftsjahr 2017 ein Ergebnis in Höhe von T€ 25.988 (Vorjahr T€ 7.522).

V. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Den **Zinserträgen** in Höhe von T€ 519 (2016 T€ 497) stehen **Zinsaufwendungen** von T€ 764 (2016 T€ 524) gegenüber. Auf die Aufzinsung bestehender Rückstellungen entfallen T€ 147 (2016 T€ 14). Gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen Zinsaufwendungen in Höhe von T€ 616 (2016 T€ 506). Im Zinsertrag sind Verwahrgebühren im Sinne negativer Zinsen von T€ 100 (Vorjahr T€ 16) enthalten.

Die **Laufenden Erträge** von T€ 94 (2016 T€ 3.342) betreffen die Ausschüttung der Beteiligung an der SRC (Vorjahr T€ 127) Wir verweisen auf unsere Ausführungen zum Anlagevermögen.

Die **Provisionserträge** betragen T€ 33.393 (2016 T€ 35.558). Aus Geschäften mit verbundenen Unternehmen resultieren insgesamt T€ 18.479 (2016 T€ 19.489).

Der **Provisionsaufwand** beträgt T€ 8.070 (2016 T€ 8.032). Aus Geschäften mit verbundenen Unternehmen resultieren insgesamt T€ 6 (2016 T€ 329).

In den **sonstigen betrieblichen Erträgen** in Höhe von T€ 30.302 (2016 T€ 1.143) sind im Wesentlichen der Ertrag aus dem Verkauf des Netzbetriebs Frankfurt (T€ 16.764), der Ertrag aus dem Verkauf der Beteiligung an der ConCardis (T€ 12.821), Umsatzsteuererstattungen des Jahres 2016 (T€ 244), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (T€ 76) sowie Erträge aus Personalkostenerstattungen der BCB AG (T€ 124) enthalten. Insgesamt ergeben sich aus Beziehungen zu verbundenen Unternehmen Erträge in Höhe von T€ 125 (2016 T€ 251).

Der **Personalaufwand** beträgt T€ 9.613 (2016 T€ 9.619). In 2017 erhielt ein Geschäftsführer Bezüge durch die VÖB-ZVD Processing. Ein weiterer Geschäftsführer erhält seine Bezüge direkt von der Postbank. Zur Entwicklung des Personalbestandes verweisen wir auf unsere Ausführungen unter ‚Sonstige Angaben‘.

Die **anderen Verwaltungsaufwendungen** betragen T€ 10.472 (2016 T€ 8.313). Gegenüber verbundenen Unternehmen wurden T€ 1.009 (2016 T€ 946) ausgewiesen, davon

T€ 649 (2016 T€ 487) gegen die Postbank Systems AG, Bonn, T€ 275 (2016 T€ 390) gegen die Postbank, T€ 45 gegen die BCB AG sowie T€ 40 gegen die PB Immobilien und Baumanagement GmbH & Co Objekt Leipzig KG.

Die **Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen** betragen T€ 2.212 (2016 T€ 2.270) und betreffen mit T€ 1.068 immaterielle Anlagewerte, mit T€ 1.037 Hardware/DV-Anlagen und Arbeitsplatzsysteme und mit T€ 107 geringwertige Wirtschaftsgüter. Außerplanmäßige Abschreibungen ergaben sich im Geschäftsjahr nicht.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** betragen T€ 152 (2016 T€ 592) und betreffen im Wesentlichen mit T€ 123 Zinsen auf Steuernachzahlungen. Aufwendungen gegen verbundene Unternehmen bestehen nicht.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden im Berichtsjahr in Höhe von T€ 1 (2016 T€ 10) getätigt.

Die **Ertragsteuern** in Höhe von T€ 7.037 (2016 T€ 3.664) betreffen im Wesentlichen das Geschäftsjahr 2017. Hiervon entfallen T€ 3.555 auf die Gewerbesteuer sowie T€ 3.306 auf Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag.

Die Erträge wurden fast ausschließlich im Inland erzielt.

VI. Sonstige Angaben

Mitarbeiter

Die Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter sank im Geschäftsjahr um 10 auf 112. In der konzerneigenen Full-Time-Employee-Betrachtungsweise entsprechen die zum Jahresende beschäftigten 88 Mitarbeiter insgesamt 82,1 FTE's. Ferner wurde zum Bilanzstichtag eine Zeitarbeitskraft (0,5 FTE's) beschäftigt.

Anhang

	31.03.2017	30.06.2017	30.09.2017	31.12.2017	Durchschnitt	
					2017	2016
Anzahl Mitarbeiter	117	121	121	88	112	122
davon Bonn/Leipzig	84	88	88	86	87	88
davon Frankfurt	33	33	33	2	25	34
davon Vollzeit	91	93	93	70	87	95
davon Teilzeit	26	28	28	18	25	27

(Angaben ohne Mitglieder der Geschäftsführung)

Prüfungshonorar

Zu den Honoraren des Abschlussprüfers gemäß § 285 Nr. 17 HGB für das Geschäftsjahr 2017 verweisen wir auf die Angabe im Konzernabschluss der Deutsche Postbank AG, die die Beträge der VÖB-ZVD Processing beinhalten.

Ausschüttungssperre

Der gegen Ausschüttung gesperrte Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB beträgt T€ 303.

Aufgrund ausreichender frei verfügbarer Eigenkapitalbestandteile, die den ausschüttungsgesperrten Beträgen mindestens entsprechen, kommen die Beschränkungen der Ausschüttungssperre im Geschäftsjahr nicht zur Anwendung.

Zahlungsvorgänge und Zahlungsvolumen

Im Geschäftsjahr wurden 58.403.375 (2016 72.577.583) Zahlungsvorgänge mit einem Zahlungsvolumen in Höhe von € 4.036,8 Mio. (2016 € 4.823,4 Mio.) ausgeführt.

Außerbilanzielle Geschäfte / Haftungsverhältnisse

Es bestehen keine außerbilanziellen Geschäfte bzw. Haftungsverhältnisse i. S. d. § 251 HGB

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet, die einen wesentlichen Einfluss auf die derzeitige und künftige Entwicklung der VÖB-ZVD Processing haben.

Ergebnis (Gewinn) -verwendung

Die Geschäftsführung schlägt vor, einen Teil des Bilanzgewinns in Höhe von T€ 10.000 den Gewinnrücklagen zuzuführen sowie die verbleibenden T€ 15.988 an die Gesellschafter auszuschütten.

Geschäftsführer / Geschäftsleiter

Im abgelaufenen Geschäftsjahr waren folgende Personen bestellt:

Hermann Beckers, Bad Münstereifel,
Sprecher der Geschäftsführung der VÖB-ZVD Processing GmbH, Bonn

Ingo Faerber, Köln,
Geschäftsführer der VÖB-ZVD Processing GmbH, Bonn
Abteilungsleiter Kostencontrolling Operations & Produkte Deutsche Postbank AG,
Bonn

Markus Schierack, Bonn
Generalbevollmächtigter, Prokurist der VÖB-ZVD Processing GmbH, Bonn

Der Geschäftsführer Herr Faerber hat im Geschäftsjahr keine Bezüge von der VÖB-ZVD Processing erhalten.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Anhang

In Übereinstimmung mit dem § 8 des Gesellschaftsvertrages der VÖB-ZVD Processing wurde ein **Aufsichtsorgan (Beirat)** etabliert. Dem Beirat gehörten bzw. gehören folgende Damen und Herren an:

Dr. Thomas Mangel

Vorstand Postbank Systems AG, Bonn

(ab 1. Januar 2017; Vorsitzender des Beirats ab 15.02.2017)

Bernd Oletzky

Bereichsleiter Konto / Zahlungsverkehr Deutsche Postbank AG, Bonn

Vorsitzender des Beirats

(bis 31. Januar 2017)

Markus Dahm

Bereichsleiter Konzerneinkauf Deutsche Postbank AG, Bonn

(ab 10. Februar 2017)

Britta Lehfelddt

Managing Director Deutsche Bank AG, Frankfurt a. M.

Dr. Andreas Steininger

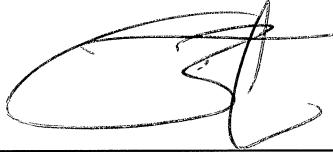
Bereichsleiter Vertriebsunterstützung Deutsche Postbank AG, Bonn

Die Mitglieder des Beirats erhalten keine Bezüge.

Die Mitglieder der Geschäftsführung sowie des Beirats haben im Berichtsjahr, wie in den Vorjahren auch, weder Vorschüsse noch Kredite von der Gesellschaft erhalten.

Bonn den 16. April 2018

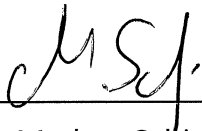
Die Geschäftsführung



Hermann Beckers



Ingo Faerber



ppa. Markus Schierack
(Generalbevollmächtigter)

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten				Abschreibungen				Buchwerte	
	Stand 01.01.2017 T€	Zugänge T€	Umbuchungen T€	Abgänge T€	Stand 31.12.2017 T€	Zugänge T€	Umbuchungen T€	Abgänge T€	Stand 01.01.2017 T€	Stand 31.12.2017 T€
I. Beteiligungen										
	303	0	0	-52	251	0	0	0	0	251
darunter an Institute i.S.d. § 1 Abs. 2a des Zahlungsmittelsteuergesetzes	78	0	0	-52	26	0	0	0	0	26
	303	0	0	-52	251	0	0	0	0	251
II. Immaterielle Anlagewerte										
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	20.895 75	411	75	-1.749	19.632	-1.068	0	1.515	-18.170	2.278
2. geleistete Anzahlungen			-75	0	0	0	0	0	0	75
	20.970	411	0	-1.749	19.632	-1.068	0	1.515	-18.170	2.353
III. Sachanlagen										
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen	12.171	599	0	-1.661	11.109	-1.037	0	1.552	-9.264	2.392
2. geringwertige Wirtschaftsgüter	939	70	0	-911	98	-107	0	621	-89	336
3. geleistete Anzahlungen	0	646	0	0	646	0	0	0	0	646
	13.110	1.315	0	-2.572	11.853	-1.144	0	2.173	-9.353	2.728
	34.383	1.726	0	-4.373	31.736	-2.212	0	3.688	-27.523	5.384
										4.213

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die VÖB-ZVD Processing GmbH, Bonn

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der VÖB-ZVD Processing GmbH, Bonn, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der VÖB-ZVD Processing GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW)

festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

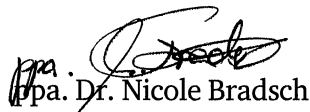
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Düsseldorf, den 16. April 2018

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Christian F. Rabeling
Wirtschaftsprüfer


Dra. Dr. Nicole Bradsch
Wirtschaftsprüferin





20000003512590